

SR3-Thema

21. März 2014

Syrische Flüchtlinge - die Lage im Saarland

10.000 syrischen Flüchtlinge sollen Schutz in der Bundesrepublik bekommen - 124 davon im Saarland. Der Flüchtlingsrat geht jedoch davon aus, dass das Kontingent noch nicht ausgeschöpft ist. Und in den Kommunen wird Kritik laut: Es fehle an Unterstützung für die Betreuung der Flüchtlinge durch das Land.

Heute vor genau einem Jahr hat die Bundesregierung beschlossen, ein Kontingent von 5.000 syrischen Flüchtlingen aufzunehmen. Diese Flüchtlinge sollten nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden. Auf das Saarland kämen demnach 62 Flüchtlinge. Inzwischen wurde die Zahl aber auf 10.000 bundesweit erhöht, was auch die Anzahl der Syrischen Flüchtlinge im Saarland verdoppeln müsste.

Kontingent vermutlich noch nicht ausgeschöpft

124 Flüchtlinge aus Syrien sollte das Saarland aufnehmen. Aber da die Landesregierung sich darüber hinaus mit anderen Bundesländern dazu verpflichtet hat, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, sollten es nach Auskunft des Flüchtlingsrates insgesamt 186 sein. Wie viele davon zur Zeit bereits in saarländischen Kommunen und in der Landesaufnahmestelle in Lebach untergebracht wurden, konnte das Ministerium auf Anfrage von SR 3 Saarlandwelle am 19. März nicht mitteilen. Man kann nach Auskunft des Flüchtlingsrates aber wohl davon ausgehen, dass dieses Kontingent noch nicht ausgeschöpft ist.

Kommunen fordern mehr Unterstützung vom Land

Die Kommunen kritisieren, dass das Land ihnen zwar Flüchtlinge zuweise, sie dann aber mit den Problemen allein lasse. Laut Jürgen Fried, Präsident des Städte- und Gemeindetags blieben die Kommunen nicht nur auf den Kosten sitzen, es gebe auch keine Unterstützung in Bezug auf die Betreuung. Besonders den kleineren Kommunen fehlten Übersetzer, um überhaupt mit den Flüchtlingen in Kontakt treten und Hilfen anbieten zu können. Er forderte das Land auf, die Kommunen entweder finanziell oder bei der Betreuung zu unterstützen. Die Aufnahme der Flüchtlinge sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die man nicht auf die Kommunen abwälzen könne.